

Interfraktionelle Sitzung am Samstag, den 12. Oktober vorm.

Anwesend waren Vertreter sämtlicher Parteien:
 vom Zentrum: die Staatssekretäre, Gröber, Erzberger, Trimborn,
 Abg. Herold,
 von der Sozialdemokratie: Staatssekretär Scheidemann, Abg. Ebert
 und David, sowie Südekum,
 von der Volkspartei: Handelsminister Fischbeck, Abg. Haussmann
 Haumann und Wiemer
 von den Nationalliberalen: Vizepräsident Friedberg, Abg. List,
 Stresemann und Junck.

Vorsitzender Handelsminister Fischbeck begrüßt die erstmalig
 an den Verhandlungen teilnehmenden Nationalliberalen und gibt
 dem Wunsche Ausdruck, daß ein harmonisches Zusammenarbeiten
 zum Wohle des Vaterlandes herbeigeführt werden könne.

Staatssekretär Scheidemann: In der ausländischen Presse
 sei vor mehreren Tagen ein Brief des Prinzen Max von Baden
 vom 12. Januar 1918 gerichtet an den Prinzen Alexander von
 Hohenlohe in der Schweiz veröffentlicht worden, ein Brief, dem
 die größte Tragweite beizumessen sei. Der Brief dürfe in Deutsch-
 land nicht veröffentlicht werden; derselbe stelle eine Kata-
 strophe für Deutschlands Politik dar. Staatssekretär Scheide-
 mann verliest den Brief, in welchem sich scharfe Wendungen
 gegen die bestehende Demokratie und Parlamentarismus finden
 und dann der Satz: daß die Friedenszielresolution des Reichs-
 tages ein Produkt der Hundstage und der Schwache sei; Deutsch-
 land müsse die Kriegslage restlos ausnützen und sich Vergü-
 tungen aller Art sichern, da es sonst die Kriegslast nicht tra-
 gen könne.

Dieser Brief, der zuerst im Journal de Geneve ver-

- 2 -

öffentlich wurde. Sie sei Präsident Wilson, Lloyd George und Clemenceau bereits bekannt und man dürfe als sicheres Resultat bereits jetzt annehmen, daß Wilson mit Prinz Max von Baden nicht verhandeln werde. Er (Staatssekretär Scheidemann) habe gestern in Anwesenheit der Staatssekretäre Gröber und Erzberger mit dem Prinzen Max von Baden offen darüber gesprochen und der Prinz habe erklärt, er sei bereit, zurückzutreten, wenn er das Vertrauen der Mehrheitsparteien nicht mehr habe. Gestern habe er (Scheidemann) keine Antwort darauf geben können. Er habe sich inzwischen mit seinen Parteifreunden und dem Parteivorstand in Verbindung gesetzt. Seine Freunde seien nach gründlicher Beratung einmütig zu der Auffassung gelangt, daß sie nicht in einem Kabinett bleiben könnten, in welchem Prinz Max von Baden an der Spitze stehe. Das sei keine Animosität gegen den Prinzen, denn er persönlich habe diesen in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit recht lieb gewonnen. Der Prinz sei ein recht verständiger Mensch. Da der Brief aber deutlich zeige, daß der Prinz im Innern eine ganz andere Gesinnung habe, als er sie nach außen in seinen Reden und in seiner letzten Kundgebung im Reichstage geoffenbart habe, so werde Präsident Wilson bestimmt ablehnen, mit Prinz Max von Baden zu verhandeln. Wenn der Prinz als Reichskanzler bleibe, so werde nur unnötig Zeit verloren. und daß könne vom militärischen Standpunkt aus recht bedenklich sein. Angesichts dieser Sachlage hätten er und Staatssekretär Bauer einen Brief an den Herrn Vizekanzler von Payer aufgesetzt mit dem Wunsch, Prinz Max von Baden möge zurücktreten, dann würden die Sozialdemokraten im Kabinett bleiben. Bis nachmittags spätestens 4 Uhr müsse ein neuer Reichs-

- 3 -

kanzler da sein und dann könne die Note heute abend abgehen. Der Friede sei aber undenkbar, wenn Prinz Max von Baden Reichskanzler bleibt.

Staatssekretär Gröber: Der im Ausland veröffentlichte Brief sei zweifellos echt, auch im höchsten Grad unangenehm. Aber man möge nicht sofort die Demission des Prinzen Max von Baden fordern, da ja in dem Brief keine Amtshandlung vorliegt. Wenn man sämtliche Akte des Prinzen Max aneinander sehe, so komme eine streng einheitliche Auffassung heraus mit einem einzigen Seitensprung: diesem Brief. Der Rücktritt des Prinzen im jetzigen Augenblick müste eine schwere Schädigung des Vaterlandes im Gefolge haben.

Staatssekretär Erzberger: Der Brief sei im höchsten Grad bedauerlich und könne tatsächlich die Wirkung haben, daß die mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg eingeleitete Friedensaktion vollständig scheitere. Unter keinen Umständen aber dürften die Sozialdemokraten aus dem Kabinett austreten. Dann sei jede Aussicht auf einen Frieden überhaupt hinfällig und die innere Katastrophe unabwendbar. Auf der anderen Seite sei ein Frieden ebenfalls schwer möglich, wenn Prinz Max von Baden jetzt abgehe. Man wisse nicht, wer komme. Es sei daher notwendig eine Aussprache mit dem Reichskanzler herbeizuführen, um zu sehen, ob nicht durch Austausch von Erklärungen eine Verständigung herbeigeführt werden könne. Die Sachlage sei unheimlich ernst und in Uebereilung dürften keine Entschlüsse gefaßt werden.

Abgeordneter Ebert: Durch den Brief ist der Kredit der

- 4 -

neuen Regierung im In- und Ausland vernichtet, denn der Prinz Max von Baden höhnt direkt über die Reichstagsresolution; heute erklärt er sie als Grundlage seiner Programms. Prinz Max von Baden ist und bleibt für alle Zeiten gerichtet. Man denke nur daran, mit welchem Behagen am nächsten Mittwoch die unabhängigen Sozialdemokraten in der Debatte im Reichstag diese Sache verlesen werden, Prinz Max von Baden kann den Frieden nicht bringen. Es ist geradezu entsetzlich, daß uns dies passieren mußte; denn seit der Bildung der neuen Regierung ist die Stimmung gut, ja ausgezeichnet. Die Berliner Arbeiter haben durch ihre Vertrauensmänner erklären lassen, daß sie absolut Ruhe halten und auch zu neuen Opfern für das Vaterland bereit sind. Wenn die Arbeiter ^{von} ~~am~~ diesem Brief Kenntnis erhalten, so verliert die Regierung ihren ganzen Einfluß. Was soll dann geschehen? Die Welt muß sehen, daß Deutschland ehrlich ist; daraus muß der Reichskanzler zurücktreten.

Vizepräsident Dove: Ein Reichskanzlerwechsel ist im jetzigen Augenblick eine sachliche Unmöglichkeit. Damit komme man aus der Sache nicht heraus. Man muß einfach eine Aussprache mit dem Prinzen Max von Baden herbeiführen.

Abgeordneter Trimborn: Ob der Prinz Max von Baden bleiben kann ist mir im höchsten Grade zweifelhaft. Gewiß müsse der Prinz selbst Stellungnehmen und seine Arbeiten schildern. Der Brief muß sofort veröffentlicht werden. Bis zum nächsten Mittwoch sollte man Ruhe halten. Die Sozialdemokraten müssen im Kabinett bleiben; jetzt wäre ein Wechsel ausgeschlossen.

Abgeordneter Haussmann verurteilt den Brief, aber der Rücktritt des Prinzen sei jetzt unmöglich. Prinz Max von Baden müsse diesen Brief selbst desavouieren und darlegen, daß er eine gradlinige Politik getrieben hat. Durch eine Besprechung mit

- 5 -

Max von Baden wird das erreicht.

Abgeordnete r David: Die Entente hat jetzt den besten Vorwand in den Händen, wenn sie nicht verhandeln wird. Wir alle hier aber sind verantwortlich für das Scheitern der Friedensaktion. Wenn unser Kabinett verkracht, was kommt dann? Eile ist geboten. Darum schlage er vor, die Note an Präsident Wilson solle nicht Max von Baden unterzeichnen, sondern Exzellenz Solf. Prinz Max von Baden solle/erklären, daß er bereit sei, zurückzutreten, wenn sein Verbleiben im Amt ein Hindernis zur Herbeiführung des Friedens sei. Dann habe die Entente keinen Vorwand mehr. Bekommen wir durch die jetzige Aktion den Frieden, dann kann Prinz Max von Baden im Amte bleiben. Durch diese Aktion könne der Prinz seine eigene Person auch rehabilitieren.

Handelsminister Fischbeck: Auf die Dauer geht es wirklich nicht, daß Prinz Max von Baden im Amte bleibt, aber im Augenblick ist ein Wechsel unmöglich. Der Vorschlag des Abgeordneten David sei sehr beachtenswert.

Staatssekretär Erzberger bittet, sich nunmehr zu dem Vorschlag des Abg. David zu äußern, da er um 1 Uhr wichtige Sitzung habe.

Staatssekretär Scheidemann stimmte dem Vorschlag David bei mit dem Bemerkn, daß Prinz Max von Baden nicht bleiben kann, keinen Tag länger.

Abgeordneter Stresemann: Prinz Max von Baden müsse heute noch sich mit den Parteien verständigen. Er darf kein Hindernis zur Herbeiführung des Friedens sein.

Der interfraktionelle Ausschuss beschließt einstimmig den Reichskanzler wissen zu lassen:

1) Die Unterzeichnung der Note soll durch Staatssekretär Solf erfolgen und die Note alabald abgehen. Staatssekretär Scheidemann stimmt der Note, wie sie heute vormittags beschlossen worden ist, zu.

2) Um 5 Uhr soll Besprechung bei Exzellenz von Payer stattfinden, in welcher Prinz Max von Baden die notwendigen Darlegungen gibt, um im Anschluß daran zu erklären, daß er bereit sei, sein Portefeuille zur Verfügung zu stellen.

3) Staatssekretär Erzberger wird ersucht, dies dem Reichskanzler mitzuteilen.